# Seit an Seit im Beitragsstreit

Eine neue Koalition will in Thüringen die Beiträge bei Abwasser und kommunalem Straßenbau abschaffen: Linke und Grüne machen gemeinsame Sache.

Von Eike Kellermann

Erfurt - Eine Lebensweisheit von Politikern lautet, es gibt keine Koalition in der Opposition. Doch Linkspartei und Bündnisgrüne, die im Thüringer Landtag in Opposition zu Schwarz-Rot stehen, haben nun erneut eine Zusammenarbeit verabredet. Nachdem sie schon den Gesetzentwurf des Familien-Volksbegehrens gemeinsam ins Parlament gebracht haben, wollen sie nun mit vereinten Kräften gegen die Kommunalbeiträge vorgehen.

Damit haben gerade die Grünen einen erstaunlichen Wandel durch Annäherung vollzogen. Noch zu Beginn der Wahlperiode vor einem Jahr wollten sie partout nicht über eine rot-rot-grüne Koalition verhandeln, falls die Linke mit ihrer Arbeitsmarktpolitikerin Ina Leukefeld aufkreuzt. Begründet wurde das mit Leukefelds inoffizieller Mitarbeit bei der DDR-Kriminalpolizei.

### Idee der Bürgerallianz

Der grüne Landtagsabgeordnete bung einräumt. Dirk Adams, der damals an den Verhandlungen teilnahm, hat derartige Berührungsängste inzwischen nicht mehr. Seit' an Seit' mit dem Linkspolitiker Frank Kuschel, der inoffiziell für die DDR-Staatssicherheit tätig war, streitet er nun gegen die Kommunalbeiträge. Beide Fraktionen haben einen Gesetzesvorschlag der "Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben" aufgegriffen. Nächste Woche wollen sie ihn gemeinsam im Landtag einbringen.

"Der Rohling der Bürgerallianz ist komplett wieder zu erkennen", beschreibt Adams, wer das Urheberrecht der Initiative hat. Allerdings teilen beide Fraktionen die Ansicht, dass Beiträge nicht mehr zeitgemäß sind. Diese werden in Gemeinden und Städten erhoben, wenn Kommunalstraßen saniert und Abwasserkanäle gebaut werden. Zahlen müssen die Besitzer der Anlieger-Grundstücke.

Dunkelrot-Grün will künftig die Allgemeinheit zur Kasse bitten, also etwa die Mieter von Wohnungen, die

allenfalls zeitweise etwas von den Verbesserungen der Grundstücks-Qualität haben. Kuschel verweist auf andere Bundesländer wie Baden-Württemberg, in denen Beiträge abgeschafft seien. Juristische Probleme werde es daher auch in Thüringen nicht geben. Allerdings hatte 2005 das Oberverwaltungsgericht in Weimar geurteilt, dass Beiträge für den Straßenausbau zwingend zu erheben sind. Innenminister Peter M. Huber (CDU) hatte jüngst einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den Gemeinden mehr Spielraum bei der Beitragserhe-

#### Eine Infrastrukturabgabe

Als Ersatz für die Beiträge schlagen Linke und Grüne eine sogenannte Infrastrukturabgabe vor. Damit werden "alle Bürgerinnen und Bürger einer Gemeinde am grundhaften Ausbau von Verkehrsanlagen beteiligt", heißt es im Gesetzentwurf. Bei den Abwasserbeiträgen soll die Finanzierung künftig ausschließlich über Gebühren erfolgen, die für den Verbrauch anfallen. Kuschel erhofft sich davon eine größere "Kostentransparenz". Wer früher bereits Beiträge gezahlt hat, dem sollen sie über die Abgabe beziehungsweise die Gebühren verrechnet werden. Auf den Freistaat kämen keine höheren Kosten zu, versichert der Linkspolitiker. Auch steigende Gebühren schließt er aus. Adams wiederum hält den Einwand für abwegig, dass es ungerecht ist, wenn Mieter für die Wertsteigerung von Grundstücken mitbezahlen: "Wenn eine Gemeinde an das Abwassernetz angeschlossen wird, dann hat die Allgemeinheit etwas davon", kontert er. Ebenso würden Mieter oder Pendler profitieren, wenn Straßen saniert werden.

Für ihn ist es eine "ganz pragmatische Zusammenarbeit", die ihn mit den Linken zusammengeführt hat. Schon 2003 hätten sich die Thüringer Grünen auf einem Parteitag gegen Beiträge entschieden. Auch sein neuer Mitstreiter Frank Kuschel findet die Kooperation "wohltuend". Mehr noch: Solch herausfordernde Diskussionen wie mit den Grünen "würde ich mir innerhalb der Fraktion Die Linke manchmal wünschen".

### Grüne und Linke gegen Beitragssystem

### Voll auf Linie der Bürgerallianz: Abwasser- und Straßenausbaukosten auf alle verteilen

Von Volkhard Paczulla

Erfurt. Zum umstrittenen Abgabenrecht üben Linksfraktion und Grüne im Landtag den Schulterschluss. Beide wollen die Thüringer Haus- und Grundbesitzer von ihrer Beitragslast für Abwasseranlagen und grundhaften Straßenausbau vollständig befreien.

Infrastruktur einer Gemeinde gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge, heißt es in einem gemeinsamen Gesetzentwurf, den Linke und Grüne dem Parlament zur Beschlussfassung empfehlen. Das Argument der Wertsteigerung des Eigentums anliegender Grundstücksbesitzer sei nicht nach-

vollziehbar. Das Beitragssystem, referiert Linke-Kommunalexperte Frank Kuschel, entstamme dem preußischen Kommunalabgabengesetz aus 1893. Es sei nicht mehr zeitgemäß. Eine Verteilung der Kosten auf alle Bürger beziehungsweise auch die Mieter hält auch der Innenpolitiker der Grünen, Dirk Adams, für wesentlich gerechter. Das entspreche dem grünen Solidaritätsgedanken und umweltpolitisch dem Verursacherprinzip. Abwasser würden schließlich nicht die Hausbesitzer allein produzieren.

Da Beiträge für Trinkwasseranlagen schon 2005 von der Althaus-Regierung abgeschafft wurden, sei eine reine Gebührenfinanzierung auch beim Abwasser kein Problem. Die dunkelrot-grüne Gesetzesänderung sieht vor, dass bereits gezahlte Beiträge diesmal nicht mühsam rückerstattet, sondern mit der künftigen Abwassergebühr verrechnet werden. Zur Vermeidung einer Gebührenexplosion seien "Angemessenheitskriterien" festzusetzen. Theoretisch, sagt Frank Kuschel, könnte die Abwassergebühr um 25 Prozent steigen.

Ebenso soll der kommunale Straßenausbau auf die Wohnnebenkosten aller Bürger durchschlagen. Das geht so: Die Gemeinden werden ermächtigt, eine Infrastrukturabgabe einzuführen. Sie müssen nicht, aber sie dürfen. Diese Abgabe soll an die Grundsteuer angelehnt sein, also eine wiederkehrende Belastung, die obendrein bei Mietwohnungen auf die Mieter umlagefähig wäre. So zahlten dann alle – außer dem Vermieter.

Mit einem etwas komplizierten Berechnungsmodell glauben Linke und Grüne nachzuweisen, dass mit dem neuen Gesetz finanziell alle besser fahren würden als gegenwärtig: das Land, die Gemeinden und die Bürger.

Thüringische Landeszeitung vom 02.09.2010

## Die Koalition der Opposition gegen Beiträge

### Linke und Grüne für Infrastrukturabgabe

Von Elmar Otto

Erfurt. Es war vor der parlamentarischen Sommerpause. Innenminister Peter Huber (CDU) stand im Foyer vor dem Plenarsaal in Erfurt und war in ein Gespräch vertieft, als ihn Peter Hammen fragte, ob er kurz stören dürfe. Der Minister bejahte. Hammen stellte sich als Vorsitzender "Bürgerallianz überhöhte Kommunalabgaben" vor und überreichte einen blauen Schnellhefter. Darin sei ein Gesetzentwurf, der die Abschaffung von Zwangsbeiträgen bei Straßenausbauund Abwasserbeiträgen vorsehe, erläuterte Hammen. Dann verabschiedete er sich. Huber versprach, sich den Paragrafenrohling anzusehen.

Wirklich anzufangen wusste der Minister damit allerdings nichts. Ganz im Gegenteil zu Linken und Grünen im Landtag. Beide Fraktionen stellten gestern einen gemeinsamen Gesetzentwurf vor, der sich an den Vorgaben der Bürgerallianz orientiert. Da es bei Straßenausbau- und Abwasserbeiträgen um Maßnahmen gehe, die letztlich der Allgemeinheit zu Gute kämen, sollten auch alle an den Kosten beteiligt werden, sagte der bündnisgrüne Innenexperte Dirk Adams.

Der Kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion, Frank Kuschel, als Schatzmeister der Bürgerallianz in doppelter Hinsicht von der eigenen Novelle überzeugt, betonte, es gehe auch darum, die Kosten für den Straßenausbau neu aufzuteilen.

Den Vorstellungen von Grünen und Linken zufolge soll der Anteil der Kommunen auf 15 Millionen Euro sinken. Die gleiche Summe soll über eine so genannte Infrastrukturabgabe auf die Bürger umgelegt werden, das Land soll künftig 30 Millionen Euro beisteuern. Bislang wurden die Investitionen von jährlich etwa 60 Millionen Euro zu gleichen Anteilen auf Städte und Gemeinden, Grundstückseigentümer sowie Land verteilt.

Auch die Abwasserbeiträge sollen der Vergangenheit angehören. Bereits gezahlte Beiträge würden mit den künftig anfallenden Gebühren verrechnet, sagt Kuschel.

Im Innenministerium hieß es auf TLZ-Anfrage, man wolle der parlamentarischen Beratung in der kommenden Woche nicht vorgreifen. Allerdings sei man der Auffassung, dass eine Abschaffung der Abwasserbeiträge "zu einer extremen Steigerung der Gebühren führen wird, die nicht abgefedert werden kann".

Und beim Straßenausbau verfolgt Innenminister Huber das Ziel, dass die Kommunen künftig in Abhängigkeit von ihrer Finanzlage den gemeindlichen Eigenanteil an den Investitionskosten erhöhen können. Es geht dabei um eine Spanne zwischen 20 und 80 Prozent. Voraussetzung ist unter anderem, dass die Gemeinden keine Schulden haben. Soziale Härten sollen dadurch ausgeschlossen werden, dass der Beitrag nicht über dem Verkehrswert eines Grundstücks nach Durchführung der Straßenausbaumaßnahme liegen darf.

Und, machen sich die beiden oppositionellen Koalitionäre überhaupt Hoffnungen, am Ende nicht vergebens gearbeitet zu haben? Immerhin verfügen CDU und SPD über 49 der 88 Sitze im Landtag und lehnen die Abschaffung der Beiträge ab.

"Das ist nicht für den Papierkorb, das ist für die Schublade", sagt Adams. Und Kuschel hegt die leise Hoffnung, dass es sich die Landesregierung nicht mit dem demonstrationserprobten Beitragszahlern verscherzen will. Die Bürgerallianz habe schließlich bereits signalisiert, nötigenfalls ein Volksbegehren anzustreben.